



**Programm zur Nationalratswahl**

**EINE STIMME**

**FÜR LEISTBARES WOHNEN**

**Damit sich was ändert!**

**DIESMAL**



**KPÖ**  
**TOBIAS SCHWEIGER**

# LIEBE BÜRGERIN, LIEBER BÜRGER

Das Leben wird immer teurer, Wohnen zum Luxus. Jeden Tag erfahren wir in unseren Sprechstunden von den sich zuspitzenden Krisen im Alltag. Als KPÖ stehen wir auf der Seite der Menschen, die es sich nicht richten können. Wir wollen eine starke Stimme für Soziales, leistbares Wohnen, Frieden, Abrüstung, Neutralität und Gerechtigkeit sein.

## **Damit das Leben wieder leistbar wird**

Teuerung, steigende Mieten und Klimakrise bedeuten, dass für viele Menschen die Grundbedürfnisse nicht mehr gesichert sind. Wir treten dafür ein, unsere Grundbedürfnisse nicht den Profitinteressen einiger weniger auszuliefern. Was wir zum Leben brauchen – Wohnen, Energie, Gesundheit, gesunde Lebensmittel und eine lebenswerte Umwelt – müssen wir gemeinschaftlich und entlang unserer Bedürfnisse organisieren.

## **Demokratie ausbauen**

Als KPÖ wollen wir die Demokratie nicht nur gegen Angriffe verteidigen, sondern ausbauen. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass nicht Konzerne, sondern wir selbst

unsere Angelegenheiten gemeinsam und demokratisch regeln sollen. Das bedeutet, dass wir dafür eintreten, dass alle Menschen, die dauerhaft in Österreich leben, auch mitbestimmen und wählen sollen. Statt für Politikerprivilegien treten wir für mehr Mitspracherecht für alle ein. Wir wollen geringere Politiker:innengehälter und weniger Parteienförderungen, damit die Politik endlich wieder den Menschen dient und nicht den persönlichen Interessen von Karrieristen und ihren Freunderln in den Konzernen.

## **Helfen statt Kassieren**

Unsere Politik findet nicht nur im Parlament statt, sie besteht nicht allein aus Forderungen, die sich in diesem Programm finden. Unser Ansatz heißt Helfen statt Kassieren. Unsere Mandatar:innen werden nicht nur im Parlament sitzen, sondern wie in Salzburg und Graz, halten unsere gewählten Vertreter:innen regelmäßige Sprechstunden ab. So stellen wir sicher, dass unsere Politik sich an den realen Problemen der Menschen orientiert. Zudem werden sie sich von den über 10.000 Euro Gehalt nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn behalten und der Rest fließt in einen Sozialtopf, um Menschen in Notlagen zu unterstützen und solidarische Projekte aufzubauen.

So stellen wir sicher, dass unsere Mandatar:innen am Boden bleiben.

## **Damit sich was ändert: KPÖ**

Die etablierten Parteien versprechen vor jeder Wahl Verbesserungen – doch nach der Wahl vergessen sie diese Versprechen schnell. Damit sich was ändert braucht es die KPÖ im Parlament. Als starke Stimme für leistbares Wohnen und soziale Gerechtigkeit. Wir schauen den anderen Parteien auf die Finger, wir stellen sicher, dass leistbares Wohnen und Soziales auch nach der Wahl Schlüsselthemen bleiben.

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen.



Ihr Tobias Schweiger  
**Spitzenkandidat**  
**Kommunistische Partei Österreichs**

**kpoe.at**

**KPÖ**

**Kommunistische Partei Österreichs**  
Drechslergasse 42, 1140 Wien  
info@kpoe.at

# INHALT

1. Wohnen ist ein Grundrecht .....	5
2. Das Leben muss leistbar werden .....	10
3. Klima statt Konzerne schützen .....	14
4. Frieden durch aktive Neutralität .....	20
5. Gesundheit vor Profite .....	24

# 1. WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT

Ein kleiner Teil unserer Gesellschaft profitiert übermäßig von Wohnraum, den wir ausnahmslos alle brauchen. Dagegen hat die große Mehrheit hohe Kosten, Unsicherheit und Willkür zu schultern. Die Mieten explodieren mit der Teuerung ohne Mehrleistung der Vermieter. Zusätzlich befeuern befristete Verträge die Mietpreisspirale, während sie gleichzeitig das Abhängigkeitsverhältnis verschärfen. Wer setzt sich gegen überhöhte Mieten und andere Missstände zur Wehr, wenn es dann keine Verlängerung des Mietvertrages gibt? Hinzu kommt, das Mietrechtsgesetz ist ein ausgehöhltes Flickwerk und wird seinem Namen kaum gerecht. Das „Wohnparadies Österreich“ ist ein Mythos, der auf längst vergangenen Errungenschaften baut – und zusehends bröckelt. Im herrschenden Interesse, alles einer Profitlogik unterwerfen zu müssen, wurden wichtige Fortschritte im Mietrecht zurückgenommen. Profitinteressen wurden gefördert, während jene Projekte, die uns allen nützen würden – etwa der öffentliche Wohnbau – vergessen wurden. Wie so oft zahlen die Vielen die Rechnungen der Wenigen.

## **Wohnpolitik ist Sozialpolitik**

Was ist, wenn die eigene Wohnung aufgrund der horrenden Mieten und Energiekosten nicht mehr leistbar ist? Was tun, wenn sich die Wohnbedürfnisse im Alter ändern oder wenn Kinder in den Haushalt kommen und ein Umzug in ein den Bedürfnissen angemessenes Zuhause schlichtweg zu teuer ist? Darf es sein, dass Wohnungslosigkeit für so viele Menschen ein durchaus reales Szenario sein kann? Diese Fragen gehen uns alle an!

## **Wohnpolitik ist auch Klimapolitik**

Leistbares Wohnen an gut angebotenen Orten ist der beste Weg, Emissionen im Verkehr zu senken. Wie wollen wir mit ungenutztem Bestand, wie mit der Versiegelung von Grünflächen umgehen? Wie sichern wir den Erhalt und die Erneuerung von Wohnraum – also die Barrierefreiheit, Schutz gegen Hitze und Kälte sowie ökologisch vertretbares Heizen?

## **Wohnpolitik ist**

### **Generationenpolitik**

Pensionist:innen trifft die Mietenteuerungen häufig besonders stark. Gleichzeitig sind sowohl Überbelag sowie Einsamkeit in den eigenen vier Wänden ein wachsendes Thema. Wie wollen wir würdigen Wohnraum über das gesamte Leben hinweg gestalten?

## **Wohnpolitik ist**

### **Frauenpolitik**

Unleistbarer Wohnraum betrifft Frauen in vielfacher Weise. Alleinerziehende haben hohen Platzbedarf und geringere Einkommen. Frauen bleiben länger in Gewaltbeziehungen, wenn eine leistbare Wohnung nicht zu finden ist. Während die aktuelle Bundesregierung nicht einmal das Programm StoP-Partnergewalt ausreichend finanziert, damit es flächendeckend angeboten werden kann, setzen wir auf öffentlichen Wohnbau. Wie wir bauen, bestimmt wie Hausarbeit organisiert wird, wie Sorgearbeit stattfindet und unter welchen Bedingungen Frauen ihr Leben gestalten können oder eben nicht.

Das sind nur einige der Herausforderungen, vor denen Wohnpolitik heute steht.

### **Keine Profite mit der Miete. Wohnen als Grundbedürfnis!**

Gerade weil jeder Mensch ein Dach über dem Kopf braucht, ist Wohnen

eine Ressource, die keinesfalls ungleich verteilt sein darf. Im Moment verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 80 Prozent der vermietbaren Wohnimmobilien! Vier Fünftel der Mieten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung gehen an dieses reichste Zehntel. Es liegt an der Logik des Marktes, dass Immobilien-Konzerne und Vermieter kein Interesse daran haben, den Zugang zu Wohnraum sozial verträglich zu gestalten – doch gutes Wohnen muss allen Teilen der Bevölkerung möglich sein. Denn es ist ein essenzielles Grundbedürfnis.

### **Daher fordern wir als KPÖ:**

#### **1. Recht auf Wohnen**

Wohnen ist ein Grundrecht – das sollte sich auch in unserer Verfassung widerspiegeln! Wir müssen uns als Gesellschaft darum kümmern, dass es keine ungewollte Wohnungslosigkeit und angemessenen Wohnraum für alle in Österreich lebenden Menschen gibt. Die Not, leistbaren Wohnraum zu finden, zieht sich in Österreich durch breite soziale Schichten. Niemand soll gezwungen sein, mit einer Person zusammenzuwohnen, mit der eine Gemeinschaft unmöglich ist – oder von der im schlimmsten Fall Gewalt ausgeht. Mit dem Grundrecht auf Wohnen in der Verfassung erwächst ein Rechtsanspruch auf Wohnraum, der sich nach den Bedürfnissen der Einzelnen richtet. Das beinhaltet Lage, Größe, Ausstattung und Wohnkosten. Unter

Wohnkosten verstehen wir die Summe von Miete, Energiekosten, Versicherungen und Betriebskosten. Unser Ziel ist, dass niemand ohne Wohnung sein muss, in dieser Wohnung ausreichend Raum für alle Bewohner:innen zur Verfügung steht und die Wohnkosten in keinem Haushalt höher sind, als ein Viertel des monatlich zur Verfügung stehenden Budgets. Das Grundrecht auf Wohnen im Verfassungsrang stellt sicher, dass aus wohn- und sozialpolitischen Forderungen Fakten werden.

#### **2. Neuer, einheitlicher Mieter:innen-schutz**

Unser Mietrecht kennt mehr Ausnahmen als Bereiche, in denen es zur vollen Anwendung kommt. Dieses Gesetz – das zum Schutz der Mieter:innen gedacht sein sollte – dient heute vorrangig den Interessen von Investor und Vermieter. Wir setzen uns für ein einheitliches, gut verständliches, universales Mietrechtsgesetz zum Schutz aller Mieter:innen in allen Wohnformen ein. Das setzt eine Evaluierung der verpflichtenden Bestandteile eines Mietvertrags, eine klare Aufschlüsselung der Rechte und Verpflichtungen der Vertragspartner:innen voraus. Dazu gehört eine staatliche Kontrollinstanz, die Einhaltung und Ordnungsgemäßheit von Mietverträgen und Mietverhältnissen überwacht und durchsetzt. Neben einer umfassenden Reform des Mietrechts im Interesse der Mieter:innen setzen wir uns für die Einrichtung von Mieter:innenvertretern ein, die in ihren Häusern gewählt und dann

gegenüber den Vermieter und den Hausverwaltungen die Rechte aller Bewohner:innen durchsetzen können.

#### **3. Mieten deckeln**

Die Steigerung der Mieten ist an Indizes wie den Verbraucherpreisindex (VPI) und damit an die Inflation gekoppelt. Das heißt, wenn beispielsweise die Energie, das Essen oder das Wohnen (!) teurer werden, dann steigen die Mieten. Eine Senkung der Wohnkosten ist im Gesetz nicht vorgesehen. Verpflichtungen aus den immer teureren Mieten ergeben sich für die Vermieter keine. In den letzten Jahren sind aufgrund der Teuerung die Mieten explodiert. Wir streiten für ein sofortiges Aussetzen der für diese Situation verantwortlichen Wertsicherungsklausel und eine Senkung der Mieten im Rahmen der Richtwerte. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die es allen Haushalten ermöglichen, nicht mehr als ein Viertel ihres monatlichen Budgets für ihr Grundrecht auf Wohnen aufzuwenden. Das setzt voraus, dass der Vollarwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes auf alle Vermietungen ausgedehnt wird. Bis zur Umsetzung eines wirksamen Mietdeckels muss augenblicklich ein Mietenstopp umgesetzt werden – das heißt, die Mieten werden bis 2029 eingefroren!

Die Subventionierung von Wohnungseigentümern durch Wohnbeihilfen soll mittelfristig dem Angebot öffentlichen Wohnbaus weichen. Langfristig ist das für den Staat und die Gemeinden kostengünstiger und wirkt der ohnehin

voranschreitenden Umverteilung von unten nach oben entgegen.

#### **4. Befristungen beenden**

Neben der Wertsicherungsklausel in Mietverträgen sind befristete Verträge die größten Preistreiber bei den Mieten. Nach Befristungsende wird die Miethöhe neu festgelegt – und das kann alle drei Jahre geschehen. Mieterhöhungen sind vorgezeichnet und die vorgesehenen Abschläge in befristeten Verträgen gleichen das nicht im Geringsten aus. Hinzu kommt die Unsicherheit, die aus befristeten Verträgen erwächst: Wenn die Vermieter ihre Pflichten nicht erfüllen oder die Mieten gegebenenfalls zu hoch angesetzt wurden, muss man sich dagegen zur Wehr setzen. Welches Interesse haben Vermieter, so ein Mietverhältnis zu verlängern? Teure Übersiedelungen und ein Verlassen der Nachbarschaft und damit des sozialen Gefüges sind die Folge. Wir setzen uns für eine ersatzlose Streichung befristeter Verträge ein, die erst 1994 von der SPÖ-ÖVP Koalition eingeführt wurden. Das Mietrechtsgesetz kennt genug andere Möglichkeiten, Mietverträge im Sinne der Vermieter zu beenden – es sind die befristeten Verträge, die die wirklichen „Mietnomad:innen“ durch unsichere Wohnperspektiven erzeugen.

#### **5. Öffentlicher Wohnbau – neu und offensiv Denken**

Damit das Recht auf Wohnen nicht ein leeres Versprechen bleibt, braucht es

den entsprechenden Wohnraum. Das dürfen wir nicht dem privaten Markt überlassen. Stattdessen braucht es Öffentlichen Wohnbau, der sich nicht nur an die Ärmsten richtet, sondern für die ganze Bevölkerung da ist. Öffentlicher Wohnbau kann ökologische, technische, raumplanerische und selbstredend menschliche Anforderungen statt Profiten in den Mittelpunkt stellen. Wohnen wird so nicht nur leistbar, sondern unsere Städte auch schöner und nachhaltiger. Öffentlicher Wohnbau muss dabei sicherstellen, dass Wohnungen transparent und ohne Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung und sozialem Status vergeben werden. Alle erwerbstätigen Personen in Österreich tragen mit ihrem Steueraufkommen dazu bei, den öffentlichen Wohnbau zu finanzieren – es darf keinen Ausschluss für jene geben, die zwar in die Wohnbauförderung einzahlen, aber nicht die „richtige“ Staatsbürgerschaft haben. Jede Gemeinde muss über ein Kontingent an Wohnungen verfügen, das in Krisensituationen, schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden kann. Leistbarer Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für ein eigenständiges Leben und ist damit eine der Voraussetzungen, um Frauen zu ermöglichen, aus Gewaltbeziehungen auszubrechen. Finanziert kann das über die Zweckwidmung der Wohnbauförderung und der Mehrwertsteuer auf Mieten sowie die angemessene Besteuerung von Widmungsgewinnen, werden. Ebenso braucht es eine Grundstücksbevorratung und

ein Vorbehaltsrecht der Gemeinden im Sinne des kommunalen Wohnbaus sowie die Schaffung einer eigenen Widmungskategorie für gemeinnützigen Wohnbau zur Senkung der Grundstücks- und damit Baukosten. Mit einer staatlichen Wohnbauinvestitionsbank, die Mittel für den öffentlichen Wohnbau mobilisiert, können Baukosten zusätzlich gesenkt werden. Letztere sollten durch das Kapital der öffentlichen Hand gedeckt werden, um den hohen Zinsen der Finanzinstitute zu entgehen. Statt fragwürdigen Kooperationen mit Konzernen in „Public-Private-Partnerships“ und zunehmend unleistbaren Genossenschaftswohnungen, müssen wir gemeinnützigen Wohnbau im Eigentum der öffentlichen Hand und damit von uns allen forcieren.

#### **6. Erhaltungs- und Erneuerungspflicht**

Wohnen muss gesund und nachhaltig sein – das betrifft den Energieaufwand, und verwendete Baumaterialien genauso, wie unterschiedliche mentale und soziale Bedürfnisse. Das bedeutet auch eine zeitgemäße und flächendeckende Gewährleistung von Barrierefreiheit sowie ein Bestreben zur Förderung von kommunikativen Gemeinschaftsflächen. Egal ob im höheren Alter oder als Familie mit Kindern: Wohnraum muss die Notwendigkeiten, die sich aus unterschiedlichen Lebenssituationen ergeben, abdecken. Die unmittelbare Daseinsvorsorge muss in allen

Lebensabschnitten fußläufig bestreitbar sein. Investitionsspekulation durch das Herunterwirtschaften von Wohnbauten bis zur technischen Abbruchreife, kann nicht zugelassen werden. Ferner muss die Frage gestellt werden, wo versiegelte Flächen aufgebrochen und vermieden werden können.

#### **7. Bekämpfen von Leerständen**

Die Statistik Austria hat erhoben, dass fast jede siebte Wohnung über keine Wohnsitzmeldung verfügt. Wohnungen dürfen nicht zur Erfüllung von Investitions- und Spekulationsinteressen erbaut oder dem Mietmarkt entzogen werden. Gleiches gilt für die Verwendung von Flächen für die Kurzzeitvermietung bei gleichzeitiger Knappheit von gut leistbarem Wohnraum.

Wir treten daher für eine flächendeckende Leerstandserhebung und -abgabe ein, die wiederum dem Zweck der Errichtung öffentlichen Wohnbaus sowie des Erhalts und der Zukunftsfähigmachung bestehenden Wohnraums gewidmet ist. Wohnungen, die mehr als zwei Jahre nicht bewohnt werden, sollen durch eine staatliche Vergabe dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden, wie das auch in anderen EU-Staaten (Portugal) geschieht.

# 2. DAS LEBEN MUSS LEISTBAR WERDEN

Die Krisen der vergangenen Jahre setzen uns alle stark unter Druck. Die explodierenden Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnkosten zehren massiv am Geldbeutel. Für immer mehr Menschen ist das Leben kaum noch leistbar. Dabei trifft uns die Teuerung nicht alle gleich. Während Vermieter profitieren, sind es etwa gerade Frauen, Pensionist:innen und Alleinerziehende, die übermäßig betroffen sind. Die Arbeitslosigkeit steigt, Jobs werden unsicher. Versäumnisse der Politik und mangelnde Investitionen in Pflege und Bildung verschärfen die Lage. Schrankenlose Märkte ermöglichen Spekulationen, treiben Preise und verschärfen Ungleichheiten. Diese Entwicklung belastet den Alltag vieler Menschen massiv. Die Profiteure der Krise können es sich richten, während es für den Großteil der Bevölkerung schlechter wird. Die Gründe der Teuerung sind vielfältig. Dahinter steckt aber ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das auf die Maximierung von Profiten statt auf die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse ausgerichtet ist.

## **Löhne rauf, Preise runter!**

Unser Wohlstand wird von uns allen erarbeitet: Im Betrieb, in der Pflege, an den Schulen, am Bau oder unbezahlt daheim. Doch dieser Wohlstand wird nicht gerecht verteilt. Anstatt Profitmaximierung zu fördern, können wir die Preise regulieren. Löhne und Einkommen müssen steigen. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich schaffen mehr Zeit zum Leben und die Möglichkeit, unbezahlte Arbeit zuhause gerechter zu verteilen. Eine gerechtere Entlohnung, armutssichere Einkommen sowie eine echte Grundversorgung bei Energie, Pflege und Kinderbetreuung ermöglichen, dass wir uns auf persönliche Entfaltung und das Gemeinwohl konzentrieren können.

## **Die Preise müssen runter!**

Mit menschlichen Grundbedürfnissen dürfen keine Profite gemacht werden. Wohnen, Energie, Nahrung und Mobilität müssen abseits des Marktes organisiert und für alle kostengünstig zugänglich sein. In Krisenzeiten wie jetzt braucht es dafür Preiskommissionen und wirksame Preiseingriffe. Langfristig brauchen wir eine

demokratische Wirtschaft, in der für die Menschen, nicht für Profite produziert wird. Der Reichtum, den wir produzieren, soll uns allen zugutekommen, nicht Eigentümern, Aktionären und Managern.

## **Daher fordern wir:**

### **1. Schluss mit prekärer Arbeit: Gute Arbeitsbedingungen und Löhne rauf**

Die KPÖ fordert höhere Löhne und Gehälter und bessere Arbeitsbedingungen – jetzt! Alle Beschäftigten müssen fair entlohnt und unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können. Wir fordern eine kräftige Erhöhung der Kollektivvertragslöhne, mindestens die Teuerungsrate plus der Produktivitätssteigerung sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 2.400 Euro brutto. Die KPÖ setzt sich gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz und für ein Ende von prekärer Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit und freien Dienstnehmerverträgen ein, egal ob bei Paketzusteller:innen oder 24-Stunden-Betreuer:innen. Alle haben das Recht auf einen sicheren, unbefristeten und sozialversicherten Arbeitsplatz und eine gerechte Entlohnung.

### **2. Weniger arbeiten, mehr leben: Erwerbsarbeitszeit runter, unbezahlte Arbeit gerecht verteilen**

Die KPÖ fordert eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und

Personalausgleich. Jede:r verdient mehr freie Zeit für Familie und Erholung. 30 Stunden hackeln gehen sind genug, insbesondere die tägliche Erwerbsarbeitszeit muss sinken. Die Betriebe können es sich leisten, dass ihre Mitarbeiter:innen fair entlohnt werden und weniger arbeiten. Zentrale Bereiche der Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung und Pflege, können wir gesellschaftlich organisieren. Durch gerechtere Arbeitsteilung daheim und flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung und Pflege haben endlich auch Frauen mehr Zeit zum Leben.

### **3. Armut verhindern: sichere Pensionen und würdige Sozialleistungen**

Als KPÖ setzen wir uns für höhere Einkommen für alle ein! Die Sozialleistungen, Pensionen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe müssen auf ein Mindestniveau angehoben werden, das gemeinsam mit einem Mietendeckel und einer kostenlosen sozialen Infrastruktur Armut verhindert. Ein Maßstab dafür sollen die Referenzbudgets der Schuldenberatungen sein. Eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kleinkind braucht derzeit mindestens 3.300 Euro, ein Einpersonenhaushalt 1.500 Euro, um würdevoll zu leben. Als KPÖ setzen wir uns daher für eine sofortige Erhöhung der Pensionen und regelmäßige Anpassungen mit der Inflation, eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und eine Kindergrundsicherung für alle Familien ein. Damit verbunden ist auch, dass wir gegen eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters

eintreten und die Rückkehr zu einem 15jährigen Durchrechnungszeitraum für die Pensionen fordern. Davon profitieren gerade Frauen, die besonders oft von Altersarmut betroffen sind.

#### **4. Öffentliche Jobgarantie**

Sichere und gute Arbeitsplätze dürfen wir nicht länger dem Markt überlassen. Wer arbeiten will und kann, soll auch sinnvolle und würdige Arbeit finden. Ein breit angelegtes Beschäftigungsprogramm kann auch dabei helfen zusätzliche Ressourcen auf ökologisch und sozial sinnvolle Bereiche hin zu orientieren.

#### **5. Energie ist ein Grundrecht**

Immer mehr Menschen sind von Energiearmut und -abschaltungen betroffen. Deshalb braucht es eine Energiegrundsicherung für alle Menschen in Österreich. Der Grundbedarf an Strom und Heizenergie muss jedem Haushalt kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinausgehender Mehrverbrauch muss progressiv teurer werden um einen Anreiz zum Energiesparen zu setzen. In der Verfassung ist eine öffentliche Mehrheit der Energiewirtschaft von Bund und Ländern vorgeschrieben. Damit ist eine Energiegrundsicherung sofort machbar. Die Abschöpfung der teilweise enormen Gewinne zugunsten einer solchen Maßnahme ist tatsächlich möglich. Am Weg dorthin können die Abschaffung der Steuer auf Haushaltsenergie, die Abschaffung der Grundgebühr

(Netzkosten), die Mehrverbrauch belohnt, keine Leistungsunterbrechungen wenn die Energiekosten nicht bezahlt werden können, stehen.

#### **6. Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung und Pflege**

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass Kinderbetreuung und Pflege kostenlos für alle zugänglich gemacht werden. Das bedeutet, dass Eltern keine Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder zahlen müssen und ältere Menschen sowie Pflegebedürftige kostenlose Pflegeleistungen erhalten. Diese Art der Versorgung wird von der Gemeinde oder Stadt organisiert und finanziert, um sicherzustellen, dass alle Bürger:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialen Status Zugang zu hochwertiger Betreuung und Pflege haben.

#### **7. Preise runter: Preisregulierung statt Profite subventionieren**

Die KPÖ setzt sich für Preisdeckelung und gezielte Preiseingriffe ein. Durch Preisdeckelung auf Grundnahrungsmittel könnten die Kosten für Produkte wie Brot, Milch oder Kartoffel begrenzt werden, um bezahlbare Preise für alle sicherzustellen. Eine schärfere Wettbewerbs- und Preispolitik verhindert übermäßige Preisanstiege. Beispielsweise könnten Preiskommissionen dafür sorgen, dass Konzerne, die den Markt kontrollieren, nicht zu hohe Preise festlegen. Gezielte Eingriffe in die Preise können helfen, wenn bestimmte Güter wie etwa Energie zu

teuer werden. Durch solche Schritte werden die Preise für Grundbedürfnisse stabilisiert und die finanzielle Belastung für die Menschen verringert, anstatt Profite wie bei der gescheiterten Teuerungskämpfung der Bundesregierung zu subventionieren.

#### **8. Übergewinne zurückholen**

Als KPÖ setzen wir uns für die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Konzerngewinne und die konsequente Besteuerung von Unternehmensgewinnen in Österreich ein. Eine progressive Unternehmensbesteuerung bedeutet, dass Unternehmen mit höheren Gewinnen einen höheren Steuersatz zahlen würden. Springt der Staat in der Privatwirtschaft mit Subventionen ein, müssen diese in Unternehmensanteile umgewandelt werden, sodass damit mehr öffentliches Mitspracherecht und Vergemeinschaftung einhergehen. Zudem setzen wir uns für Maßnahmen ein, die die Übergewinne der Krisengewinner abschöpfen. Insbesondere von den Banken, deren Profite aufgrund der Zinswende explodieren, wollen wir uns das Geld zurückholen.

#### **9. Die Reichen zur Kasse bitten und die Massen entlasten**

Als KPÖ setzen wir uns für die Einführung einer progressiven Millionärssteuer für Vermögen ab 1 Million Euro und die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer ab 1 Million Euro ein. Ebenso braucht es höhere Steuersätze auf absurd hohe Einkommen ab

250.000 Euro pro Jahr. Diese Steuern treffen den Überreichtum und Erbschaften der Mateschitz' und Swarovskis. Luxusimmobilien und große Erbschaften werden höher besteuert, um Einnahmen für die Finanzierung des Sozialstaats zu generieren und Ungleichheiten zu mindern.

Zusätzlich kämpfen wir als KPÖ für die Senkung der Lohnsteuer für niedrige Einkommen und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur besseren Finanzierung des Sozialstaats durch die Unternehmen. Angriffe auf Lohnnebenkosten, die unweigerlich zu Finanzierungslücken bei Pensionen und Sozialleistungen führen würden, lehnen wir ab.

# 3. KLIMA STATT KONZERNE SCHÜTZEN

Die Klimakrise ist das Ergebnis der auf Profit und unendliches Wachstum ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise. Es sind die Reichsten, die durch ihren Lebensstil und ihre Investitionen den größten Teil der Emissionen verursachen, während Menschen in schlecht isolierten Mietwohnungen im Winter frieren und im Sommer schwitzen. Statt des Moralisierens braucht es einen radikalen Umbau unserer Wirtschaft. Dabei muss im Mittelpunkt stehen, zunächst die Emissionen der Reichsten zu senken, planvoll unsere Ressourcen einzusetzen und unsere Wirtschaft an den Grundbedürfnissen der Menschen, statt am höchsten Profit zu orientieren.

## **Die herrschende Klimapolitik**

Doch die herrschende Klimapolitik verschärft die bestehenden Ungleichheiten und reicht nicht einmal annähernd, um die Emissionen zu senken. Statt Klimaschutz als öffentliche Aufgabe zu begreifen, werden wir aufgefordert, individuell ökologischer zu leben. Das ignoriert, dass es für ein ökologisches Leben die notwendige Infrastruktur braucht. Es sollte keine individuelle

und von der Geldbörse abhängige Entscheidung sein, ob wir uns im Supermarkt für Fleisch mit mehr oder weniger Tierleid und mehr oder weniger Emissionen entscheiden.

Dort, wo die Politik eingreift, schafft sie für die Vermögenden Anreize, um in erneuerbare Energien zu investieren. Das bedeutet letztendlich nichts anderes, als dass die Reichsten von der notwendigen Energiewende profitieren sollen, während wir dafür zahlen. Gleichzeitig soll durch CO2 Steuern alles teurer werden, was viel CO2 verursacht. Das verkennet, dass wir diese Wahl oft gar nicht haben. Eine Person, die im Waldviertel wohnt, kann nicht so einfach entscheiden, auf das Auto zu verzichten. Wer in Wien in der Mietwohnung mit Gas heizt, kann nicht umsteigen, während für die Reichsten ein etwas höherer Preis kaum dazu führen wird, dass sie auf Wochenendtrips und wohlige warme Villen verzichten werden.

Die herrschenden Ansätze in der Klimapolitik reichen nicht und verstärken die Wahrnehmung, dass es sich dabei um ein Elitenprojekt handelt. Sie wälzen die Kosten der Klimakrise auf uns ab, damit alles so bleiben kann, wie es ist.

## **Profitieren, als gäbe es kein Morgen**

Während die Politik dabei versagt, die Emissionen ausreichend zu senken und unsere Grundbedürfnisse zu sichern, profitieren wenige weiter von der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.

Die Energiekonzerne, allen voran die OMV erwirtschaftet Milliarden mit Gas und Öl für ihre Aktionäre. So bleiben wir weiter abhängig von Autokraten, geopolitischen Verwerfungen und der Spekulation an den Energiemärkten.

Auch unsere Lebensmittelproduktion unterliegt den Profitinteressen der Agrar-Industrie. Sie setzt auf immer stärkere Intensivierung der Landwirtschaft. Mineraldünger, Pestizide und darauf abgestimmtes Saatgut zerstören nicht nur die Artenvielfalt auf den Äckern, sondern haben auch direkte Auswirkungen auf Schutzgebiete. Damit geraten ohnehin bereits gefährdete Arten immer stärker in Bedrängnis – am stärksten zeigt sich dies hierzulande beim Insektensterben. Den Preis zahlen nicht nur zukünftige Generationen, sondern kleine Bauern und Bäuerinnen, die zunehmend von Konzernen abhängig werden, migrantische Landarbeiter:innen und wir alle durch qualitativ schlechtere Lebensmittel. Zurück bleibt eine Landschaft im Eigentum weniger, die ökologisch verodet ist und die ihre Funktion als Ökosystem nicht mehr erfüllen kann. Verloren gehen so kostbare Böden und Menschen werden abhängig gemacht von ihren

PKWs. Statt den öffentlichen Verkehr auszubauen, werden weiter Schnellstraßen und Autobahnen gebaut, zur Freude der Baukonzerne und zum Schaden unserer wertvollen Böden.

## **Klima schützen und Grundbedürfnisse sichern!**

Als KPÖ lehnen wir eine Klimapolitik ab, die einen Gegensatz zwischen dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und den sozialen Interessen der breiten Mehrheit aufmacht.

Als KPÖ treten wir für einen Kurswechsel in der Klimapolitik ein. Den Schutz unserer Lebensgrundlagen dürfen wir weder dem Markt noch individuellen Konsumentenscheidungen überlassen. Es ist eine öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe Wirtschaft und Gesellschaft so umzubauen, dass wir dauerhaft gut und in Würde leben können. Ja, es wird sich für alle etwas ändern müssen. Wenn Österreich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten will, muss etwa der Endenergieverbrauch mittelfristig um die Hälfte sinken. Das kann nur gelingen, wenn die Produktion und Verteilung von Energie auch in unserer Hand ist, das heißt in gesellschaftlichem statt privatem Eigentum. Aber statt über den Verzicht der breiten Masse zu sprechen, müssen wir unsere Grundbedürfnisse sicherstellen: Energie, Nahrung, Wohnen und Mobilität dürfen nicht vom Geldbörsel abhängig sein. Damit Klimapolitik gelingt, braucht es eine breite Mehrheit. Den Umbau unserer Gesellschaft



müssen wir daher demokratisch gestalten, gemeinsam mit Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, denen die schon unter den Folgen der Klimakrise leiden und jenen, die heute schon für eine andere Klimapolitik kämpfen.

## ***Daher treten wir ein für:***

### **1. Eine öffentliche Energiewende**

Statt wie bisher im Rahmen des sogenannten Klimaschutzfonds 580 Millionen pro Jahr für private, profitorientierte Investitionen in erneuerbare Energien zu Verfügung zu stellen, sollte die öffentliche Hand jährlich wenigstens eine Milliarde Euro für Gemeinden zur Verfügung stellen, um erneuerbare Energien im kommunalen Eigentum auszubauen. Energiegenossenschaften im Eigentum der Gemeinden garantieren, dass die Energiewende gelingt und die Menschen auch etwas davon haben.

### **2. Strompool Austria**

Wir fordern eine gesetzliche Verpflichtung für alle Stromerzeugungsanlagen in Österreich, den erzeugten Strom zu einem Preis auf Basis von Vollkosten an den Strompool Austria zu verkaufen. So wird der Strommarkt aufgespalten in einen Bereich mit regulierten Preisen und einen Bereich mit Marktpreisen, welche sich – wie bisher – an den Preisen der Strombörsen orientieren. Alle Stromkund:innen Österreichs haben im „Strompool Austria“ das

Recht, zwischen regulierten Preisen und freien Marktpreisen zu wählen. So wird sichergestellt, dass Energiepreise leistbar werden und fossile Energiekonzerne nicht von unseren Grundbedürfnissen profitieren.

### **3. Ausbau von öffentlichem Verkehr und ein soziales Klimaticket**

Mobilität ist ein Recht. Damit es auch verwirklicht werden kann, brauchen alle Menschen Zugang zu gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln. Als KPÖ treten wir daher für den massiven Ausbau von öffentlichem Verkehr ein. Statt Bahnlinien einzustellen, müssen wir sie ausbauen und ebenso in öffentliche Buslinien mit guten Arbeitsbedingungen investieren. Jeder Mensch in Österreich muss Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten. Neben dem Ausbau bedeutet das auch, dass öffentlicher Verkehr kostengünstig verfügbar ist. Das Klimaticket ist für viele Menschen nur schwer leistbar. Menschen, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens über die GIS-Befreiung verfügen, sollen in Zukunft ein österreichweit gültiges soziales Klimaticket kostenlos erhalten. Gleichzeitig sollen die aktuellen Tarife für das Klimaticket in den kommenden Jahren nicht teurer werden. Mittelfristig ist das Ziel, für alle Menschen in Österreich einen kostenlosen öffentlichen Verkehr zu schaffen. Darüber hinaus braucht es den Ausbau von öffentlich unterstützten Sharing-Systemen, damit PKWs ebenso wie Elektroräder für alle, die sie benötigen, zugänglich sind und gut genutzt

werden.

### **4. Schädliche Industrien umbauen**

Unsere Wirtschaft ist produktiver denn je, doch geht das gleichzeitig mit massiven Zerstörungen einher. Wir treten daher für den Umbau unserer Wirtschaft ein, damit unsere produktiven Kapazitäten der Gesellschaft zugutekommen. Den Beginn sollten wir in der Rüstungs- und Waffenindustrie machen. Nirgendwo ist so offensichtlich, dass eine Industrie nur Emissionen und Leid verursacht. Die Waffen- und Rüstungsindustrie muss unter öffentlicher Kontrolle auf sozial- und ökologisch sinnvolle Ziele hin umgebaut werden. Wo heute noch Panzer zum Töten vom Band laufen, können morgen schon Busse für den öffentlichen Verkehr produziert werden.

### **5. Ausbildungsoffensive nachhaltige Technologien und gute Arbeitsbedingungen**

Der Umbau scheitert auch daran, dass es nicht genügend Fachkräfte in dem Bereich gibt. Das muss schnellstmöglich nachgeholt werden, dafür sind, neben einer Lehrlingsoffensive, eine bessere Ausfinanzierung des Bildungssystems, insbesondere der Universitäten und Fachhochschulen und ihre Einbindung in einen nationalen Klimaplan gefragt. Gleichzeitig brauchen Menschen in diesen Bereichen gute und faire Arbeitsbedingungen. So müssen etwa auch die Fahrer:innen privater Busunternehmen fair bezahlt

und behandelt werden.

### **6. Nachhaltige Landwirtschaft fördern und Böden schützen**

Statt Fläche zu fördern, müssen nachhaltige Anbaumethoden und fair entlohnte Arbeit in der Landwirtschaft gefördert werden. Extensive Flächen tragen zu höherer Artenvielfalt und einer abwechslungsreicheren Kulturlandschaft bei, damit werden hier Leistungen für die Gesellschaft erbracht. Gleichzeitig muss der Versiegelung unserer Böden endlich Einhalt geboten werden. Das Zupflastern unserer Lebensgrundlagen mit Schnellstraßen und Supermärkten abseits der Ortszentren muss ein Ende haben. Wir treten für gesetzliche Schranken der Bodenversiegelung und eine Raumordnung ein, die unsere Lebensgrundlagen schützt.

### **7. Kleine Bauern und Bäuerinnen stärken**

Alternative Einnahmequellen für landwirtschaftliche Betriebe müssen stärker unterstützt werden, dazu zählen etwa die Direktvermarktung von Produkten, die Bildung von Konsumgenossenschaften als Alternative zu Supermärkten oder der sanfte Tourismus. Gerade letzterer profitiert v. a. von einer intakten Kulturlandschaft als Gegenentwurf zu Chaletdörfern für Investoren. Für Grundnahrungsmittel braucht es zudem regulierte Preise, sodass Bauern und Bäuerinnen nicht mehr der Macht der Supermärkte

ausgeliefert sind.

### **8. Verbot von Lebensmittelverschwendung**

Handelsketten und Lebensmittelkonzernen muss es gesetzlich verboten werden, genießbare Lebensmittel wegzuerwerfen. Stattdessen müssen übriggebliebene Lebensmittel an Tafeln und Sozialeinrichtungen gespendet werden. Das schützt unsere Ressourcen und ist sozial.

### **9. Gegen die Haltung von Schweinen und Mastrindern auf Vollspaltenböden**

Der Vollspaltenboden ist die übliche Haltungsform für rund 70 Prozent der Schweine und Mastrinder in Österreich. Dies bedeutet, dass die Tiere ihr Leben statt auf weichem Stroh auf Beton fristen müssen. Die Folgen für die Schweine sind unter anderem Entzündungen der Gelenke und der Lunge. Rinder haben ebenfalls mit Gelenkentzündungen und Entzündungen der Klauen zu kämpfen. Eine Folge dieser Haltungsform ist auch der vermehrte Einsatz von Antibiotika, die wiederum in die Umwelt und in die Nahrung geraten und somit auch zu vermehrten Antibiotikaresistenzen beitragen. Daher fordern wir das Verbot von Vollspaltböden und Bereiche ohne Spalten, die verpflichtend tief mit weichem organischem Material z.B. Stroh eingestreut sind.

### **10. Einheitliches Bundesjagdgesetz, das sich der Ökologie verpflichtet fühlt und nicht dem Tierschutz widerspricht.**

Die Jagd in Österreich ist Ländersache und somit gibt es 9 verschiedene Gesetze zu ein und demselben Thema. Die Bedürfnisse der Tiere sind jedoch überall dieselben. Es ist absurd, dass z.B. am linken Ufer der Leitha Enten aus Massentierhaltung ausgesetzt und zum Abschuss freigegeben werden dürfen, dies jedoch am rechten Ufer streng verboten ist. Hier braucht es dringend ein Gesetz auf Bundesebene, das sowohl ökologische Aspekte, als auch Aspekte des Tierschutzes regelt und auf der Höhe der Zeit ist. Die Jagd sollte nur noch aus ökologischen Gründen erlaubt sein und nicht etwa zur Unterhaltung oder zum Erwerb von Trophäen. Daher fordern wir die Umsetzung der Forderungen des Volksbegehrens „Für ein Bundes-Jagdgesetz“ zu einem einheitlichen Bundesjagdgesetz.



Elke Kahr und Kay-Michael Dankl stehen für die soziale Politik der KPÖ vor Ort in Graz und Salzburg.

# 4. FRIEDEN DURCH AKTIVE NEUTRALITÄT

Die Logik des Krieges bestimmt zunehmend unsere Politik und unseren Alltag. Der Krieg wird von den Herrschenden als scheinbar normales Mittel zur Durchsetzung von politischen und ökonomischen Interessen dargestellt. In der ganzen Welt werden Militarisierung, Aufrüstung, Abschottung vor Menschen auf der Flucht und aggressive Außenpolitik als „Sicherheit“ bezeichnet. Während Rüstungskonzerne Rekordgewinne schreiben, bezahlen die Bevölkerungen die Rechnung. Besonders betroffen sind davon Frauen. Bilder von Krieg sind allgegenwärtig geworden. Sie verrohen und befördern Gewalt in Beziehungen. In den betroffenen Regionen, wie der Ukraine, dem Nahen Osten oder Kurdistan bedeutet das für die Menschen Zerstörung, Vertreibung, Not und Tod. Hier in Österreich bedeutet es, dass bei uns gespart wird, damit genug Geld für Panzer und Kanonen da ist. Während alle Parteien in die Kriegsrhetorik einstimmen, ist die KPÖ die laute Stimme für Frieden und Neutralität. Denn ohne Frieden ist alles nichts.

## **Neutralität eine Erfolgsgeschichte**

Österreich hat sich nach den Erfahrungen von Faschismus und Krieg für den Weg der Neutralität entschieden. Die KPÖ war dabei eine treibende Kraft und die erste Partei, die sich dafür eingesetzt hat. Seitdem wurde die Neutralität zum Erfolgsmodell, das eine friedliche Entwicklung garantiert und Österreich als wichtigen Vermittlungspartner in Zeiten des Kalten Krieges etablierte.

Österreich wurde zum UNO-Sitz, war Verhandlungsort zwischen den Mächten, brachte verfeindete Parteien an einen Tisch und trug wesentlich zu Abrüstungsverträgen bei. Friedenspolitik hat sich dabei als die beste Verteidigungspolitik und als Garantie für zukünftige Sicherheit erwiesen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das geändert. Die Neutralität, zu der sich Politiker:innen anderer Parteien zwar in Sonntagsreden gerne bekennen, ist den Mächtigen lästig geworden. Sie wird immer weiter ausgehöhlt. Statt sich für den Frieden einzusetzen, geht unsere Bundesregierung inzwischen

so weit, als eines von nur 10 Ländern gegen einen Waffenstillstand im Nahen Osten zu stimmen.

## **EU-Militarisierung und NATO-Annäherung**

Beim EU-Beitritt wurde der Bevölkerung versprochen, dass sich an den „sicherheitspolitischen Besonderheiten“ der neutralen und bündnisfreien Länder nichts ändern wird. Dennoch haben seitdem alle österreichischen Bundesregierungen die Integration Österreichs in die militärischen Strukturen der EU und die Annäherung an die NATO betrieben.

Österreich ist der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten, beteiligt sich an den EU-Battlegroups/Schlachtgruppen, an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit „PESCO“, an Sky-Shield und der sogenannten „Peace Facility/Friedensfazilität“. Das alles schadet der Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität massiv.

Gesetzliche Grundlagen der Neutralität wurden aufgeweicht, um freie Hand für Auslandseinsätze auch ohne UNO-Mandat zu bekommen. Das Bundesheer wird „bündnisfit“ gemacht. Das bedeutet teure Aufrüstung. Der Ankauf der Eurofighter hat lange die Gerichte beschäftigt. Die Kosten für diese Subventionen an die Rüstungskonzerne zahlen wir alle. Geld, das in die Rüstung fließt, fehlt in anderen Bereichen schmerzlich.

## **„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“**

Die mediale Berichterstattung über aktuelle Kriege folgt zunehmend einer militärischen Logik. Forderungen nach Aufrüstung, Waffenlieferungen und nach dem Ende der Neutralität sind alltäglich zu hören. Es wird darüber diskutiert, wie die präferierte Seite einen Krieg „gewinnen“ kann und wie dieser „Sieg“ aussehen soll. Über die Perspektive des Friedens wird nicht gesprochen.

Kriege werden auch hierzulande genutzt, um die Menschen zu spalten. Bevölkerungsgruppen in Österreich, werden stellvertretend für Konflikte in „ihren“ Ländern angegriffen. Ein deutliches Bekenntnis wird eingefordert, auf welcher Seite man zu stehen hat. Für uns als KPÖ ist klar, in den Kriegen der Mächtigen haben die Völker nichts zu gewinnen. Wir stehen an der Seite der Menschen, die Opfer dieser Kriege werden, egal auf welcher Seite der Front und an der Seite all jener, die sich für Frieden einsetzen.

## **Aufrüstung tötet**

Waffen werden gebaut, um Menschen zu töten. Doch schon lange vor dem Krieg zeigt die Waffenproduktion ihre zerstörerische Wirkung: Rüstung und Militär sind wesentliche Produzenten von klimaschädlichen Emissionen und Umweltzerstörung. Die Mittel, die in die Rüstungsindustrie fließen, sind enorm. Sie fehlen bei Bildung,

Sozialem, Gesundheit und in vielen anderen Bereichen.

## **Glaubwürdigkeit zurückgewinnen – echte und aktive Neutralitätspolitik**

Um seine Glaubwürdigkeit als neutrales Land zurückzugewinnen, muss Österreich sich aus den militärischen Strukturen der EU zurückziehen und die Annäherung an die NATO zurücknehmen. Österreich muss sich, anstatt Fahnen zu hissen, aktiv mit Vermittlungsangeboten einbringen. Österreich braucht dafür eine eigenständige Außenpolitik und muss sich Verbündete für eine Friedenspolitik suchen. Darum halten wir am Einstimmigkeitsprinzip in sicherheits- und außenpolitischen Fragen der EU fest.

Neutralität bedeutet nicht die Augen vor Konflikten und Ungerechtigkeiten zu verschließen, sie ist im Gegenteil eine große Chance, Vorschläge im Sinne von gerechten und friedlichen Lösungen einzubringen. Österreich ist ein kleines Land, trotzdem kann es einen großen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten.

## **Der Frieden vermag alles**

Die Abwesenheit von Krieg ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit. Trotzdem gehört zu Frieden noch viel mehr: Bildungschancen, Arbeit, Soziale Sicherheit, demokratische Teilhabe,

nur wenn diese Punkte für alle Menschen verwirklicht sind, kann der Frieden stabil sein.

## **Solidarität durch Neutralität – wir setzen uns ein für:**

### **1. Beibehaltung und Ausbau der immerwährenden Neutralität**

Als KPÖ setzen wir uns für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität ein. Statt sie immer weiter zu untergraben, treten wir für eine aktive Neutralitätspolitik ein. Österreich kann Solidarität leisten, nicht indem es Waffen liefert, sondern indem es aktiv bei internationalen Konflikten vermittelt.

### **2. Keine Beteiligung an militärischen Bündnissen, nein zu Skyshield**

Militärbündnisse schaffen keinen Frieden. Als KPÖ setzen wir uns daher entschieden gegen die Beteiligung an militärischen Bündnissen innerhalb der EU und außerhalb der EU ein. Daher lehnen wir die Beteiligung an dem milliardenteuren Projekt Skyshield ab. Ebenso fordern wir auch den Rückzug aus der militärischen Zusammenarbeit PESCO im Rahmen der EU, ebenso wie aus der NATO-Partnerschaft.

### **3. Keine internationalen Einsätze des Bundesheeres unter NATO- oder EU-Kommando**

Für uns ist klar, österreichische Soldat:innen dürfen sich nicht an

Kriegseinsätzen militärischer Bündnisse beteiligen. Wie bisher kann Österreich im Rahmen von UN-Mandaten an Einsätzen zur Friedenssicherung teilnehmen.

### **4. Stärkung der UNO und ihrer Institutionen und ein neuer KSZE-Prozess**

Als KPÖ setzen wir uns für eine Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Institutionen zur Bearbeitung von internationalen Konflikten ein. Ebenso setzen wir uns für einen neuen KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) Prozess ein, um eine langfristige Friedensarchitektur für Europa zu erarbeiten.

### **5. Keine Unterstützung von Kriegsparteien, alleiniger Fokus auf die Hilfe für betroffene Zivilbevölkerung**

Österreich soll Kriege nicht noch zusätzlich mit Waffenlieferungen anheizen. Waffen in Kriegs- und Krisengebieten haben noch nie Frieden gebracht. Das bedeutet auch ein Verbot der Durchfuhr von Kriegsmaterial durch Österreich. Stattdessen fordern wir den Aufbau von Programmen, um der Zivilbevölkerung in Kriegs- und Krisengebieten zu helfen und sie beim Wiederaufbau ihrer Länder zu unterstützen.

### **6. Asylrecht für Deserteur:innen aller Seiten**

Statt Menschen in den Krieg zu hetzen, müssen wir all jenen, die sich weigern für ihre Herrschenden zu sterben in Europa einen sicheren Zufluchtsort bieten. Es braucht daher ein unmissverständliches Asylrecht für Deserteur:innen, egal ob aus Russland, der Ukraine oder der Türkei.

### **7. Friedensbildung an den Schulen**

Anstatt in Schulen Kinder für das Heer anzuwerben, soll Friedensbildung integraler Bestandteil der Lehrpläne werden.

# 5. **GESUNDHEIT VOR PROFITE**

Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt; durch das solidarische Prinzip konnte vieles im Sozial- und Krankenversicherungswesen erreicht werden. Unser heutiges Gesundheitswesen wurde von den arbeitenden Menschen durchgesetzt, damit Gesundheit nicht länger ein Privileg der Reichen ist. Heute erleben wir, dass dieses Gesundheitswesen durch Profitinteressen privater Konzerne mehr und mehr ausgehöhlt wird. Die KPÖ stellt sich als einzige Partei klar und deutlich gegen diesen Kurs und will die öffentliche Versorgung durch massive Investitionen im Gesundheitswesen stärken. Unser Ziel ist ein solidarisches Gesundheitswesen, dass die medizinische und pflegerische Versorgung für alle Menschen in ganz Österreich ohne soziale Hürden gewährleistet.

## **Gesundheitssystem in der Krise**

Gesundheit und Pflege sind aufgrund vieler Krisen in den letzten Jahren sehr stark in den Mittelpunkt gerückt. Dabei ist es den regierenden Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne) weder in der Bundesregierung noch in den jeweiligen Landesregierungen gelungen,

die Herausforderungen mit Plan und Weitblick anzugehen. Im Gegenteil, durch neoliberale Sparzwänge, Spitalschließungen und Fehlplanungen ist die Gesundheits- und Pflegeversorgung geprägt von Unsicherheiten. Das Vertrauen in die Verantwortlichen schwindet immer mehr, da in den letzten Jahren anstatt Lösungen immer mehr Probleme hinzugekommen sind. Derzeitige Pflegereformen greifen nicht weit genug und setzen politische Geringschätzung von Gesundheit und Pflege nur fort.

## **Zweiklassenmedizin**

Ein Paradebeispiel ist der Pflegebonus. Er wurde wieder abgeändert. Und schlussendlich ist nur ein geringer Teil bei den Beschäftigten angekommen. In der Versorgung brennt der Hut und die Zuständigen sind von Brandherd zu Brandherd unterwegs. Wobei die planlose Ankündigungspolitik zu immer mehr Vertrauensverlust führt.

Die einzige Antwort, die von den etablierten Parteien zu hören ist, ist der Hinweis auf steigende Kosten. Dabei wird übersehen, dass die Privatisierung des Gesundheitswesens schon sehr weit fortgeschritten ist und die

Bevölkerung nicht nur Steuergeld, sondern auch gesunde Lebensjahre kostet. Dabei dominiert zunehmend eine Zweiklassenmedizin. Wer es sich leisten kann bzw. eine Zusatzversicherung hat, geht zum Wahlarzt. Der Rest muss oft monatelang auf Termine für Ärzt:innenbesuch, Untersuchungen oder Operationen warten. Der Anteil privater Ärzt:innen nimmt seit Jahren zu und die Verantwortlichen fördern diese Entwicklung anstatt sie zu regulieren und den öffentlichen Sektor wieder zu stärken. In vielen Bundesländern ist bereits die Mehrheit der Fachärzt:innen außerhalb des Kassensystems. Als Folge davon geht die Schere in der Lebenserwartung immer weiter auf. Krankheit macht arm und Armut macht krank. Aber nicht nur die Patient:innen leiden unter der Situation. Auch für die Beschäftigten in Gesundheit und Pflege wird der Druck immer größer.

## **Pflegekrise**

Fehlende Ausbildungsplätze, Personalfuktuation im Pflegebereich und Fallzahlsteigerungen führen auch in der Pflege zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung. Ein permanenter Zeitdruck ist für viele Pflegenden heute zur Norm geworden und wirkt sich auf die Qualität der Pflege sowie die Arbeitsbedingungen aus. Alle diese Entwicklungen führen dazu, dass die Pflegenden ihren ethischen Grundsätzen, die von einer Sorge für die Patient:innen und Achtsamkeit ihnen gegenüber geprägt

sind, zunehmend nicht mehr gerecht werden können.

## **Für eine Trendumkehr**

Es braucht eine Trendumkehr, die Gesundheit und Pflegeversorgung für die Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft absichert. Anstatt Milliarden in Aufrüstung und Kriegsgerät zu stecken, brauchen wir Investitionen in gleicher Höhe in Gesundheits- und Pflegewesen, wenn wir den Standard erhalten wollen und die Zukunft der medizinischen Versorgung sichern wollen.

## **Als KPÖ treten wir daher ein für:**

### **1. Gehts der Pflege gut, gehts uns allen gut**

Die Missstände in der Pflege müssen endlich angegangen werden. Das bedeutet bundesweit einheitliche und deutlich bessere Personalschlüssel, einen massiven Ausbau der Ausbildungsplätze. Die Ausbildung muss dabei bundeseinheitlich geregelt sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Polizeischüler:innen vom ersten Tag an bezahlt werden, Pflegekräfte aber nicht. Darüber hinaus braucht es für Pflegekräfte eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, altersgerechte Arbeitsplätze und die längst überfällige Anerkennung: Pflege ist Schwerstarbeit.

## 2. Klassenlose Medizin

Der Zugang zu Medizin darf nicht von Einkommen und Vermögen abhängig sein. Es braucht in ganz Österreich einen flächendeckenden Zugang zu Kassenärzt:innen und niemand soll länger als 14 Tage auf eine notwendige Untersuchung warten müssen. Die Rezeptgebühr ist bis 2030 einzufrieren und medizinisch empfohlene Impfungen müssen kostenfrei zugänglich sein. Mittelfristiges Ziel muss die Abschaffung der Rezeptgebühr sein. Zudem müssen Medikamente gratis zur Verfügung stehen.

## 3. Angehörige unterstützen und Pflege zu Hause leistbar machen

Viele pflegebedürftige Menschen sind gesundheitlich durchaus in der Lage, in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben. Voraussetzung ist, dass sie sich das auch leisten können. Unabhängig vom Betreuungsausmaß, welches Betroffene zuhause in Anspruch nehmen, sorgen Ausgleichszahlungen dafür, dass den Betroffenen die Höhe der Mindestpension erhalten bleibt. Ebenso braucht es jährliche Anpassungen des Pflegegeldes in der Höhe der Pensionsanpassung, die Anstellung und gerechte Entlohnung pflegender Angehöriger und der Community Nurses in ganz Österreich. Schließlich muss die Situation von 24-Stunden Betreuer:innen endlich gerecht geregelt werden. Menschen, überwiegend migrantische Frauen, die diese Arbeit leisten, haben ein Anrecht auf echte Anstellung zu würdigen Löhnen, statt

Scheinselbstständigkeit.

## 4. Solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems

Durch die Höchstbeitragsgrundlage von aktuell rund 6.000 Euro tragen die Besserverdiener:innen zu wenig zu unserem gemeinsamen Gesundheitssystem bei. Für das Einkommen, das über diesen Betrag hinausgeht, müssen sie keine Beiträge in das Gesundheitssystem einzahlen. Die Höchstbeitragsgrundlage gehört daher abgeschafft. So wird unser Gesundheitssystem solidarischer und es können fehlende Gelder lukriert werden. Die zusätzlichen Mittel sollten dabei vorrangig für die Gesundheitsprävention verwendet werden.

## 5 Flächendeckender Zugang zu psychischer Gesundheit

Der Zugang zu Psychotherapeut:innen darf nicht länger ein Luxus bleiben. Es braucht einen massiven Ausbau von Psychotherapie als Kassenleistung. Die Anzahl der Sitzungen darf dabei nicht länger gedeckelt werden, sondern muss vom individuellen Krankheitsverlauf abhängig sein. Gleichzeitig muss auch der Zugang zum Beruf Psychotherapeut:in durch öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze umfassend zugänglich werden.

## 6. Geschlechtergerechte Medizin

Medizinische Versorgung ist nicht nur von der Klasse abhängig, sondern nach wie vor stark vom Geschlecht. Daher fordern wir einen flächendeckenden, kostenlosen Zugang zu reproduktiver Medizin für alle und geschlechteraffimierender Gesundheitsversorgung für transgender, inter- und nichtbinäre Personen. Das beginnt beim Zugang zu gynäkologischen Fachärzt:innen, bedeutet aber auch kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen in Krankenhäusern in ganz Österreich. Außerdem braucht es auch einen umfassenden Zugang zu kostenloser Gesundheitsfürsorge für Schwangere. Darüber hinaus fordern wir gezielte Förderung und ausreichende Finanzierung von Forschung im Bereich Gendermedizin, die Sensibilisierung angehender Mediziner:innen und des medizinischen Personals in Fragen der Gendermedizin und des Umgangs mit sexueller Gewalt.

## 7. Gesundheitsvorsorge für alle

In Österreich wird nur ein verschwindend geringer Teil der Gesundheitsausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention aufgewendet und der finanzielle Fokus liegt vor allem auf der Krankenhausversorgung. Durch die Versorgungskrise im niedergelassenen Bereich und den fehlenden Ärzt:innen braucht es vermehrt niederschwellige Angebote. Vor allem für Personen mit einem erhöhten Risiko muss der Zugang erleichtert werden. Ein Beispiel für eine unterstützende Struktur ist die von der KPÖ initiierte Gesundheitsdrehscheibe in Graz.

Daher treten wir für die flächendeckende Etablierung von öffentlich betriebenen und finanzierten Gesundheits-, Sozial- und Beratungszentren auf kommunaler Ebene mit einer breiten fächerübergreifenden Ausstattung mit Expert:innen – Medizin, Pflege, Sozialarbeit, Physiotherapie, Ergotherapie, Diätologie, Hebammen, Psychotherapie und Community Nurses ein.

**KPO**

***kpo.e.at***